Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 1.
Louis Lösche, Katharinenstr. 23, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 19,100.
Abonnementspreis viertelj. 4½ **Mk.**
incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf. Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 39 Mk.
mit Postbeförderung 48 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unr. Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherm Tarif.

Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4 gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 161. **Mittwoch** den 10. Juni 1885. **79. Jahrgang.**

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Auf die für das Jahr 1885 festzusetzende Dividende der Reichsbankantheile wird vom 15. d. Mts. ab eine erste halbjährliche Abschlagszahlung von zwei und ein viertel Procent oder

67 Mark 50 Pfennige

für den Dividendenschein Nr. 13 bei der Reichsbankhauptcasse zu Berlin, bei den Reichsbankhauptstellen in Bremen, Breslau, Cöln, Danzig, Dortmund, Frankfurt a. M., Hamburg, Hannover, Königsberg i. Pr., Leipzig, Magdeburg, Mannheim, München, Posen, Stettin, Straßburg i. E. und Stuttgart, bei den Reichsbankstellen in Aachen, Augsburg, Bielefeld, Braunschweig, Bromberg, Cassel, Chemnitz, Coblenz, Cottbus, Crefeld, Dresden, Düsseldorf, Elberfeld, Elbing, Emden, Erfurt, Essen, Flensburg, Frankfurt a. O., Gera, Gleiwitz, Glogau, Görlitz, Graudenz, Halle a. S., Karlsruhe, Kiel, Landsberg a. W., Liegnitz, Lübeck, Mainz, Memel, Metz, Minden, Mülhausen i. E., Münster, Nordhausen, Nürnberg, Osnabrück, Siegen, Stolp, Stralsund, Thorn, Tilsit, bei den Reichsbank-Commanditen in Crossin und Insterburg, sowie bei den Reichsbankstellen in Bochum, Darmstadt, Duisburg und Wiesbaden erfolgen.

Berlin, den 6. Juni 1885.

Der Reichskanzler.
In Vertretung:
v. Boetticher.

Versteigerung von Bauplätzen in der Nordvorstadt.

Von dem der Stadtgemeinde gehörigen **Bauareale** des zwischen der York-, Nord-, Gneisenau- und Plagwitzer Straße gelegenen **Baublocks II des nördlichen Bebauungsplanes** sollen die bereits am 5. März d. J. zum Verkaufe versteigerten, jedoch für die darauf getbanen Gebote nicht zugeschlagenen **4 Bauplätze** des betr. Parzellirungsplanes

Nr. 4 an der Yorkstraße
" 5 " " " } von je 742.96 Quadratmeter Flächengehalt
" 10 " " Gneisenaustraße
" 11 " " "
anderweit

Donnerstag, den 25. dies. Mon., Vormittags 11 Uhr,
im Saale der Alten Waage, Katharinenstraße Nr. 1, 2. Etage, **zur Versteigerung gebracht** und zwar mit den abgelehnten Geboten

Bauplatz Nr. 4 von 26,100 ℳ,
" " 5 " 27,300 "
" " 10 " 22,100 "
" " 11 " 22,100 "

angeboten werden.

Der Versteigerungstermin wird pünktlich zur angegebenen Stunde eröffnet, die Versteigerung aber bezüglich eines jeden der **einzeln nach einander in obiger Reihenfolge** und mit dem angegebenen Angebot ausgebotenen Bauplätze geschlossen werden, wenn darauf nach dreimaligem Ausrufe kein weiteres Gebot mehr erfolgt.

Die Versteigerungsbedingungen nebst Parzellirungsplan liegen auf dem Rathhaussaale, I. Etage, zur Einsichtnahme aus und es sind davon Exemplare ebendaselbst in der Sportelcasse I, Zimmer Nr. 2, für 1 ℳ 20 ₰ zu erhalten.

Leipzig, den 5. Juni 1885.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Cerutti.

Generalversammlung
der Ortskrankencasse XV für Buchgewerbe zu Leipzig und Umgegend.

Behufs Wahl des Vorstandes der Ortskrankencasse haben wir nach §§. 34 und 37 des Reichsgesetzes vom 15. Juni 1883 und §. 52 des Cassenstatuts

Generalversammlung

auf

Donnerstag den 18. Juni 1885

anberaumt, und werden deshalb die gewählten Vertreter der Arbeitgeber wie der Cassenmitglieder geladen, zu dem angegebenen Tage

Abends 8 Uhr

im Stadthause, Obstmarkt Nr. 3 allhier, 2. Obergeschoß, Zimmer 111, sich einzufinden.

Tagesordnung:
1) Wahl eines Vorstandes;
2) Beschlußfassung über Zutritt zu einem Localverbande im Sinne des §. 46 des Reichsgesetzes vom 15. Juni 1883, betreffend die Krankenversicherung der Arbeiter.

Leipzig, den 8. Juni 1885.

Der Rath der Stadt Leipzig.
(Krankenversicherungsamt.)
Winter. Uhlmann.

Generalversammlung
der Ortskrankencasse XIII. für Barbiere, Friseure und Bader zu Leipzig und Umgegend.

Behufs Wahl des Vorstandes der Ortskrankencasse haben wir nach §. 34 und 37 des Reichsgesetzes vom 15. Juni 1883 und §. 52 des Cassenstatuts

Generalversammlung

auf

Donnerstag, den 11. Juni 1885

anberaumt, und werden deshalb die gewählten Vertreter der Arbeitgeber, wie der Cassenmitglieder geladen, zu dem angegebenen Tage

Nachmittags 4 Uhr

im Stadthause, Obstmarkt Nr. 3, allhier 2. Obergeschoß, Zimmer 111, sich einzufinden.

Tagesordnung:
1. Wahl eines Vorstandes.
2. Beschlußfassung über Zutritt zu einem Localverbande im Sinne des §. 46 des Reichsgesetzes vom 15. Juni 1883, betreffend die Krankenversicherung der Arbeiter.

Leipzig, den 30. Mai 1885.

Der Rath der Stadt Leipzig.
(Krankenversicherungsamt.)
Winter. Uhlmann.

Bekanntmachung.
Anmeldung zum Anschluß an die Stadt-Fernsprecheinrichtung für Leipzig und Vororte.

Neue Anschlüsse an die Stadt-Fernsprecheinrichtung für Leipzig pp., **deren Herstellung noch im laufenden Jahre** gewünscht wird, sind **spätestens bis zum 1. Juli** bei der Ober-Postdirection anzumelden.

Eine bestimmte Zusicherung, daß die bis zu dem angegebenen Termine angemeldeten Anschlüsse noch in der diesjährigen Bauperiode zur Ausführung gelangen, kann indessen vorerst nicht ertheilt werden.

Anschlüsse, **welche nach dem 1. Juli** noch angemeldet werden, können erst in der **nächstjährigen Bauperiode** ausgeführt werden.

Einer Erneuerung der bereits vorgemerkten Anmeldungen bedarf es nicht.

Leipzig, 27. Mai 1885.

Der Kaiserliche Ober-Postdirector.
Walter.

Bekanntmachung.

Die Abänderung von 731 Stück im Pleißenburg-Kasernement vorhandener unprobemäßiger **eiserner Bettstellen**, welche mit je 3 langen Bodenbrettern zu versehen sind, soll in öffentlicher Submission verdungen werden.

Reflectanten können Bedingungen, Zeichnungen und Kostenanschlag im Bureau der unterzeichneten Verwaltung, Schloß Pleißenburg, Thurmhaus Nr. 15 einsehen, woselbst auch die Offerten bis zum **16. Juni c. Vormittags 11 Uhr** schriftlich und versiegelt abzugeben sind.

Leipzig, am 8. Juni 1885.

Königliche Garnison-Verwaltung.

Der Schuhmachergeselle **Friedrich Wilhelm Hermann Roland**, geboren zu Röthe bei Leipzig am 16. Juni 1860, zuletzt hier wohnhaft, s. Z. wahrscheinlich in London, wird beschuldigt, als Wehrpflichtiger in der Absicht, sich dem Eintritte in den Dienst des stehenden Heeres oder der Flotte zu entziehen, ohne Erlaubniß das Bundesgebiet verlassen oder nach erreichtem militairpflichtigen Alter sich außerhalb des Bundesgebietes aufgehalten zu haben, Vergehen gegen §. 140 Abs. 1 Nr. 1 Str.-G.-B. Derselbe wird auf den 11. Juli 1885 Vormittags 9 Uhr vor die Strafkammer des Königl. Landgerichts hier zur Hauptverhandlung geladen.

Bei unentschuldigtem Ausbleiben wird derselbe **auf Grund der** nach §. 472 der Strafproceßordnung von der Königlichen Amtshauptmannschaft zu Borna über die der Anklage zu Grunde liegenden Thatsachen ausgestellten Erklärung verurtheilt werden.

Erfurt, den 23. April 1885.

Königliche Staatsanwaltschaft.

Nichtamtlicher Theil.

Die Prager deutsche Universität.

* Seit einiger Zeit mehren sich wieder die Nachrichten, daß die deutsche Universität Prags abermals mit allerlei Anfeindungen und Hindernissen zu kämpfen habe, Hindernisse, die nicht allein von dem übermüthig gewordenen Czechenthum, sondern selbst von den mit diesem verbündeten Regierungskreisen, darunter besonders dem Unterrichts-Ministerium, ausgehen.

Während an manchen anderen Universitäten die Unterrichtsverwaltung dagegen anzukämpfen hat, daß die Cameraderie und die unbegründete Bevorzugung des selbstgezogenen Nachwuchses die Vorschläge für die Wiederbesetzung von erledigten Lehrkanzeln beherrschen, bildet in Prag der Grundsatz, die besten Lehrkräfte ohne Rücksicht auf ihr Herkommen in Vorschlag zu bringen, eine fortwährende Quelle wechselseitiger Mißstimmungen zwischen der Unterrichtsverwaltung und den Facultäten. Daß bei den Vorschlägen der letzteren stets nur der wissenschaftliche Vorzug und nicht etwa die politische oder nationale Färbung der Candidaten in Anschlag kam, war stets klar aus den Vorschlägen selbst ersichtlich. Auch konnte niemals gegen einen der in früheren Jahren aus Deutschland nach Prag berufenen Professoren irgend ein politischer Vorwurf erhoben werden, so gern dies auch von czechischer Seite geschehen wäre. In nationaler Beziehung haben sich jene aus Deutschland stammenden Lehrkräfte selbstverständlich stets als Deutsche bekannt, dabei aber immer eine größere Zurückhaltung in der Kundgebung ihrer Gesinnung bewahrt, als gleichgesinnte und gleichgestimmte deutsch-österreichische Professoren. Dennoch will man in den maßgebenden Kreisen von der Berufung deutscher Professoren aus dem „Auslande" nichts wissen, wie denn überhaupt die gegenwärtige innere officielle Welt Oesterreichs dem Deutschthum nichts weniger als freundlich gesinnt ist. Man ist stolz darauf, wenn Deutsch-Oesterreicher an den Universitäten Deutschlands eine hervorragende Stellung einnehmen, wie dies beispielsweise für Brunner, Geyer, Scherer und Exerny gilt; aber man verschließt sich gegenüber der Frage, was aus den deutschen Universitäten Oesterreichs werden soll, wenn man seine eigene Wahl auf den engen Kreis der Heimath beschränkt, innerhalb dessen man noch die Concurrenz der zahlreichen und reich dotirten Universitäten Deutschlands zu bestehen hat.

Es ist das eine Stimmung in den maßgebenden Kreisen Oesterreichs, an welche der ehemalige Unterrichtsminister czechischer Nationalität, Jirecyek, schlau anzuknüpfen wußte, als er seiner Zeit im österreichischen Abgeordnetenhause sich auf das Entschiedenste gegen die Berufung von Professoren aus Deutschland nach Prag verwahrte, wo, wie er sich ausdrückte, diese „Fremden" nur Unordnungen und Unheil stiften könnten. Er weiß aber ganz gut, welchen bedeutenden Vorsprung eine freie Wahl der Lehrkräfte der deutschen Universität Prags gegenüber der czechischen Universität verleihen muß. Angesichts des Umstandes, daß er und seine Auftraggeber, zu denen auch die czechischen Professoren gehören, es sich offenkundig zur Aufgabe machen, diese freie Wahl zu verhindern, kann man unschwer schließen, daß im czechischen Lager Alles aufgeboten wird, um die freie Bewegung und das wissenschaftliche Emporstreben der deutschen Universität möglichst zu beschränken.

Ueber den gegenwärtigen Stand der Dinge an der deutschen Prager Universität finden wir, wie es scheint, von berufener Seite eine Reihe Hinweise in der Münchener „Allgemeinen Zeitung", welche die Lage bedauerlich genug kennzeichnen. Da wird vor Allem betont, daß der von Amts wegen berufene Vertreter der deutschen Universität, der Unterrichtsminister, kein Wort der Abwehr gegen jene grundlosen Beschuldigungen fand und mit keinem Worte einzutreten wußte für die Wahrung der freien Selbstergänzung der Facultäten, was höchst charakteristisch für das Verhältniß des Unterrichtsministers zur deutschen Prager Hochschule sei, welche für ihn kaum etwas Anderes zu sein scheint, als ein Verlegenheitsobject. Noch schärfer, heißt es weiter, kam dieses Verhältniß zum Ausdruck anläßlich der von dem deutschen Abgeordneten Sturm erhobenen Beschwerde, daß der Statthalter von Böhmen sich zwischen die deutsche Universität in Prag und das Unterrichtsministerium hineinschiebt und den directen Verkehr dieser Factoren miteinander und die directe Einflußnahme des letzteren Factors auf die Angelegenheiten des ersteren beeinträchtigt. Auch in dieser Beziehung hat man es mit Ränken der Czechen zu thun, die schlau anknüpften einerseits an die in maßgebenden Kreisen herrschende Strömung, die kaiserliche Autorität in der Amtsthätigkeit des Landeschefs zum schärfsten Ausdruck zu bringen, andererseits an eine gewisse Mißgunst der Landesbehörden gegen die Autonomie der Universitäten und ihre directe Unterstellung unter das Unterrichtsministerium. Nun sind aber diese Autonomie und diese Unterstellung gesetzlich geregelte Consequenzen der in den Jahren 1849 und 1850 durchgeführten Reform des Universitätswesens in Oesterreich, durch welche dasselbe nach dem Vorbilde der Universitäten Deutschlands umgestaltet wurde. Abgesehen von den materiellen Schäden, welche sich daraus ergeben, wenn Verwaltungsbeamte, welche mit dem feingeglieder Organismus der Universitäten nicht oder wenigstens nicht genügend vertraut sind, und die Einflußnahme auf die Universitäten nur als Nebenbeschäftigung betreiben, in diesen Organismus eingreifen; abgesehen ferner von der Machtfrage für das Unterrichtsministerium, die dabei ins Spiel kommt, handelt es sich hier also um eine Frage von großer principieller Tragweite für die Stellung der Universitäten in Oesterreich. Man hätte daher mit gutem Grunde den ernstesten Widerstand des Unterrichtsministers erwarten sollen, als gleichfalls vor drei Jahren der Abgeordnete Jirecyek im Parlamente die Forderung erhob, daß der directe Verkehr zwischen der Prager Universität und dem Unterrichtsminister aufgehoben und die erstere wieder dem Statthalter von Böhmen unterstellt werden solle. Auf czechischer Seite hatte man dabei nicht allein die Absicht, die deutschen Professoren einer sachverständigeren und wohlwollenderen Oberbehörde möglichst zu entrücken und an der Uebereinstimmung zwischen dem österreichischen und deutschen Universitätswesen zu rütteln, sondern man wollte auch durch die Meinung einer Art von böhmischem Unterrichtsministerium in den Bureaux der Prager Statthalterei eine weitere Etappe für den verkappten föderalistischen gewinnen, der gegenwärtig die Losung dieser Partei bildet. Statt nun diesem Manöver sofort energisch entgegenzutreten, ließ man sich im Unterrichtsministerium auf eine bis zu einem gewissen Grade latente Erfüllung der Forderung der Czechen ein, welche dem Statthalter von Böhmen eine sehr gewichtige und oft genug schwer von derselben empfundene Einflußnahme auf die deutsche Universität in Prag einräumt. So weiß man gegenwärtig bei den Verfügungen der Unterrichtsbehörde in Angelegenheiten dieser hohen Schule zuweilen nicht, was auf die Absichten des Unterrichtsministers und was auf jene des Statthalters zurückzuführen ist, oft aber nicht selten, daß die letzteren die ersteren durchkreuzten. Als man deutscherseits diesen Zustand zur Sprache brachte, glitt der Unterrichtsminister jedoch mit einigen den Kern der Sache sorgfältig umgehenden Redewendungen über diesen Gegenstand hinweg. Und leider liegt das Preisgeben des Wesens der moderneren und liberaleren Staatseinrichtungen bei Aufrechterhaltung ihrer Formen zu sehr in der ganzen gegenwärtig in Oesterreich herrschenden Strömung, um die Hoffnung aufkommen zu lassen, daß eine sachliche Remedur dennoch nachfolgen werde.

Man sieht also, daß der alten deutschen Prager Universität noch mancherlei gehässige Anfeindungen bevorstehen dürften, Angriffe, von denen man einmal die Czechen gegen Alles, was deutsch heißt, nicht ablassen wollen.

Leipzig, 10. Juni 1885.

* Das „Armeeverordnungsblatt" enthält folgende Cabinetsordre an die Generalcommandos des IV., VIII. und XIV. Armeecorps bezüglich der Anlegung von Trauer für den Fürsten von Hohenzollern: „Ich wünsche, daß Meine Armee an Meiner aufrichtigen und tiefen Trauer um den hochverdienten verewigten General der Infanterie Fürsten von Hohenzollern Königliche Hoheit Theil nimmt und bestimme demzufolge, daß die Officiere des 1. Magdeburgischen Infanterieregiments Nr. 26 und des des Hohenzollernschen Füsilierregiments Nr. 40 vierzehn Tage, die in den Hohenzollernschen Landen garnisonirenden Officiere dagegen vier Wochen Trauer (Flor um den linken Unterarm) anzulegen haben. Berlin, den 3. Juni 1885. **Wilhelm.**"

* Wie man von unterrichteter Seite hört, wird die Vorlage wegen Erneuerung des Militair-Septennats dem Reichstage schon in der nächsten Session zugehen.

* Der diesjährige Parteitag der nationalliberalen Partei von Rheinland und Westfalen findet am 19. Juli in Hagen statt. Als Redner werden dem Vernehmen nach die Herren v. Bennigsen und Hobrecht auftreten.

* Während der ganzen zweiten Hälfte der letzten Reichstagssession konnte man die Wahrnehmung machen, daß der Abg. Liebknecht selten, der Abg. Bebel gar nicht in den Sitzungen erschien. Die Socialdemokraten selbst waren Diplomaten genug, das Verschwinden ihres bekanntesten Führers mit bloßen Geschäftsangelegenheiten zu erklären. Jetzt aber kommt der wahre Grund allmälig an den Tag: inmitten der Socialdemokratie ist heller Streit ausgebrochen. Ueber Natur und Ursachen desselben ist allerdings ein klares Urtheil noch nicht möglich, da der Vorhang bis jetzt für die Außenstehenden erst wenig gelüftet ist. Zweifellos aber ist zunächst jedenfalls, daß ein tiefgehendes Zerwürfniß zwischen einzelnen Mitgliedern der Reichstagsfraction besteht. Die socialdemokratische Reichstagsgruppe hat sich, so lange sie noch klein war, Bebel's absprechendes, herrschsüchtiges Wesen gefallen lassen; nicht so die aufs Doppelte angewachsene neue Fraction. Mit Hülfe der hominus novi ist der lang verhaltene Groll gegen ihn zum Ausbruch gekommen. „Wir züchten keine großen Männer!" soll einer der Neuen gereizt geantwortet haben, als man ihn fragte, warum man in wichtigen Fragen nicht mehr den eigentlichen Führer, Bebel, als Redner vorschicke. Das Wort gewährt einen vollen Einblick in die Stimmung zum mindesten eines beträchtlichen Theils der Fraction. Indeß würde man den Gegensatz doch sehr unterschätzen, wenn man ihn sich aus bloßer Nebenbuhlerschaft erklären wollte. Vielmehr sprechen alle Anzeichen dafür, daß der tiefere Grund in einer Meinungsverschiedenheit über das praktische Verhalten gegenüber der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung liegt. Schon im vorigen Reichstage ist es über die Stellung zum Kranken- und Unfallversicherungsgesetz zu lebhaften Auseinandersetzungen in der Fraction gekommen; in der letzten Session hat die Dampfervorlage eine vollständige Spaltung derselben hervorgerufen, die schließlich nur mit Zuhülfenahme eines Vorwandes nothdürftig verkleistert worden ist. Auch an anderen Zeichen der Uneinigkeit hat es nicht gefehlt. Am auffallendsten aber ist, daß die Fraction nicht den Anfangs allgemein erwarteten Antrag auf Aufhebung des Socialistengesetzes eingebracht hat. Man wird sich kaum täuschen mit der Annahme, daß auch über diese Frage Streit entstanden ist. — Viel zu weit würde man nun freilich gehen, wenn man schon die vollständige Auflösung der Socialdemokratie heraufziehen zu sehen glaubte. Aber auch die sind im Irrthum, welche den erwähnten Vorgängen gar keine Bedeutung beimessen wollen. Ob die socialdemokratische Fraction in den Commissionen des Reichstags viel oder wenig geleistet hat, wird ihren Wählern allerdings herzlich gleichgültig sein; daß sie aber als erstes bedeutsames Lebenszeichen nach ihrer so hoch gefeierten Erstarkung das Schauspiel häßlichster Zwietracht liefert, das kann auch auf die Massen nicht ohne Wirkung bleiben.

* Officiös wird den „Berliner Politischen Nachrichten" geschrieben:

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" registrirt in ihrer Nummer vom letzten Sonnabend Abend diejenigen industriellen Vereine und Verbände, welche sich gegen das Project einer in Berlin im Jahre 1888 zu veranstaltenden nationalen Ausstellung ausgesprochen haben und bemerkt dazu Folgendes:

„Man wird hieraus die durch die Presse vielfach verbreitete Meinung, daß die Zahl der dem Unternehmen abgeneigten Industriellen nur gering sei, mit einiger Vorsicht aufzunehmen haben. Ob es räthlich ist, gegen die Wünsche bedeutender Interessengruppen, wie die genannten Vereine solche zweifellos repräsentiren, auf eine „allgemeine" und „nationale" Ausstellung zu dringen, lassen wir vorläufig dahingestellt.

Man kann aus dieser Kundgebung deutlich genug ersehen, daß die Herren vom Agitationscomité sich einer Täuschung hingeben, wenn sie glauben, daß in maßgebenden Kreisen eine besondere Vorliebe für das Ausstellungsproject vorhanden sei. Würde die öffentliche Meinung ungetheilt und aus nationalen Rücksichten eine allgemeine Ausstellung fordern, so würde sich die Reichsregierung vielleicht bereit finden lassen, dem Unternehmen entgegen zu kommen. Da aber unzweifelhaft die überwiegende Mehrheit aller der Industriezweige, auf deren rege Mitwirkung bei allen Ausstellungen in erster Linie gerechnet werden muß, von der für 1888 geplanten nichts wissen will, so läßt sich wohl mit Bestimmtheit vorhersagen, daß aus dem Unternehmen nichts werden wird. Daß die gesammte Industrie ausstellungsmüde ist und daß die Kosten mit dem zu erwartenden Nutzen in keinem Verhältnisse stehen, giebt das Agitationscomité übrigens in seinen letzten Kundgebungen jetzt schon selbst zu.

Die Reichsregierung behandelt, wie wir versichern können, die Frage ohne jedwede Voreingenommenheit und hat, wie wir hören, die Gutachten der Industriellen dem Aeltesten-Collegium der Berliner Kaufmannschaft zunächst zur Kenntniß gebracht. Ihre Entschließungen wird sie erst fassen, wenn die Gutachten, die von der anderen Seite eingeholt werden, zur Vorlage gelangt sind.

* Sehr bezeichnend für die Stimmung, mit welcher die Fortschrittspartei den preußischen Wahlen entgegengeht, ist eine Zuschrift, welche die Berliner „Volks-Zeitung" veröffentlicht. Es heißt da: „Die Aussichten der entschieden liberalen Parteien sind bei den bevorstehenden Wahlen zum Abgeordnetenhause nicht als besonders glänzende zu bezeichnen. Man darf sich, nachdem schon die letzten Reichstagswahlen ein Anwachsen der conservativen und nationalliberalen Vertretungen im Reichstage auf Kosten der entschieden liberalen Partei herbeigeführt haben, auf der letzteren Seite auf noch Schlimmeres gefaßt machen. Schon kann sich selbst hier in Berlin nicht nur eine selbstständige nationalliberale Partei aufthun, sondern auch ihr selbstständiges Auftreten mit der Hoffnung begründen, daß es bei den bevorstehenden Wahlen gelingen könne, dem Fortschritt seine Hochburg Berlin zu entreißen! Vielleicht gelingt hier in Berlin, was selbst im imperialistischen Frankreich nicht möglich geworden, den Gouvernementalen die Hauptstadt zu erobern. Die Gefahr war schon bei der letzten Reichstagswahl nicht gering, in welcher die socialistische Partei die Entscheidung in der Hand hatte und dieselbe zu Gunsten der deutsch freisinnigen Partei eintreten ließ. Kaum jemals war die Aussicht der entschieden liberalen Partei geringer, die Masse des Volkes durch Ueberzeugung für die Parteiprincipien zu gewinnen." Das einzige Mittel, einem weiteren Zurückdrängen der entschieden liberalen Partei vorzubeugen, sieht der Verfasser in einem engeren Anschluß an ihre Mitkämpfer, nämlich die Ultramontanen und Socialdemokraten.

* * *

* Zu den Reichsrathswahlen in Oesterreich schreibt die „Deutsch-Böhmische Correspondenz":

Das Resultat der Wahlen kann man nunmehr als feststehend betrachten. Wahlen, welche noch in diesen Tagen nachfolgen, kann man so ziemlich mit mathematischer Gewißheit voraus berechnen. Da die deutsche Opposition auf einen Verlust von über 20 Mandaten gefaßt war, so hat das Gesammtresultat, wie es sich bisher darstellt, in den deutschen Volkskreisen im Ganzen eher eine Genugthuung als eine Bestürzung hervorgebracht. Was man zuerst zu befürchten hat, daß die gegenwärtigen Regierungsparteien zu einer Zweidrittel-Majorität anschwellen, wird wohl für die kommende Session noch verhütet bleiben. Bisher gelang es der Majorität, nur auf Umwegen den Bau der österreichischen Verfassung zu zerbröckeln; haben die slawischen Verbündeten aber einmal die Zweidrittel-Majorität erlangt, dann ist ihnen nach dem Buchstaben der Verfassung gestattet, die Verfassung zu stürzen und mit ihr die Stellung des Deutschthums im Staate Oesterreich vollständig zu erschüttern. Angesichts dieser großen Gefahr erscheint es fast kleinlich, wenn über gewisse Vorgänge bei den Wahlen ein vielhundertstimmiges Lamento erhoben wird; ob ein Dr. Kronawetter, der bekannte Wiener Demokrat, dem Club der vereinigten Linken beitritt oder nicht, ist ziemlich belanglos, wenn er sich nur nicht in wichtigen, das Deutschthum und den Einheitsstaat betreffenden Fragen auf Seite der verbündeten slawischen Gegner stellt; das ist aber kaum zu befürchten, da das deutschnationale Bewußtsein von Tag zu Tag auch in den breiten Volksschichten Wiens wächst und da sich daher selbst der Wiener Demokrat aber Kattenitt unmöglich machen würde, wenn er sich in nationalen Fragen zu den Reihen der vereinigten Slawen schlagen würde; das Klagegeschrei, das die Wiener Presse über die Wahlen in Wien endlich und das auch starken Nachhall in der deutschen Presse fand, machte auf Kenner der Verhältnisse im Grunde genommen einen widerlichen Eindruck.

Ein geistvoller Oesterreicher nannte vor Kurzem den Wiener Antisemitismus den Wiener Antijournalismus. Man ist in Wien und zum Theil auch in den Provinzen über die schlechte wirthschaftliche Lage verstimmt und über die maßlose Corruption, der namentlich